

Politik mit der Brechstange

Gastbeitrag | Noch nicht einmal Halbzeit und die Ampel-Regierung ist untereinander heillos zerstritten. Warum das vor allem an den Grünen liegt

VON SIGMUND GOTTLIEB

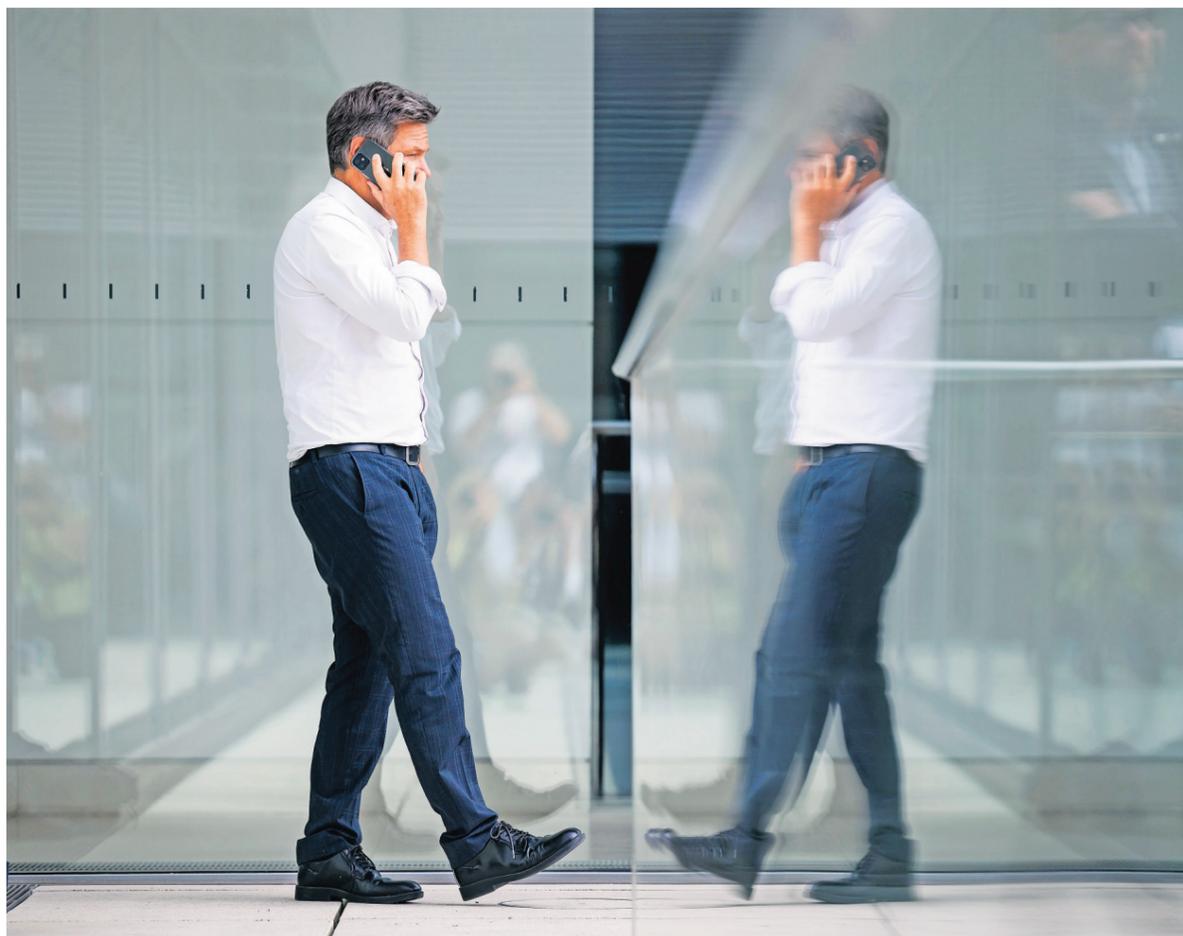
Mehr Fortschritt wagen" haben die Ampelparteien über ihren Koalitionsvertrag geschrieben. Man hat sich viel vorgenommen. Das wichtigste Projekt soll die Energiewende sein. Grüne und FDP hatten noch vor den eigentlichen Koalitionsverhandlungen mit der SPD Streitpunkte untereinander geklärt und die dicksten Brocken aus dem Weg geräumt. Das war vielversprechend. Noch nicht einmal Halbzeit - und die Welt der Ampel sieht jetzt anders aus. Die beiden kleinen Partner sind heillos zerstritten - nicht nur, aber vor allem

Außenansicht

über den richtigen Weg zur Energiewende. Die Lage ist inzwischen so verfahren, dass immer mehr Menschen das Vertrauen in die Arbeit der Regierung verlieren.

Was ist passiert? Die Klimawende kommt nicht voran. Die ehrgeizigen Pläne der Grünen sind erst einmal durchkreuzt, ohne dass sie das beeinflussen könnten. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine und die größte Energiekrise seit 50 Jahren sorgen wohl noch lange dafür, dass das Wünschbare vorerst nicht machbar ist. Statt sich mit Einsicht und Geduld in die neue Lage zu fügen, versuchen sie ihre Politik mit der Brechstange fort- und durchzusetzen. Das ursprünglich geplante Verbot fossiler Heizungen aus dem Hause Habeck war hierfür das dramatischste Beispiel. Miserabel vorbereitet, folgte der Aufstand der Mieter und Hausbesitzer und anschließend das „so nicht“ von deren Lobbyisten in der Koalition, der SPD und der FDP.

Immer mehr Menschen werden inzwischen das Gefühl nicht mehr los, die Klimapolitik dieser Regierung werde von den kleinen Leuten bezahlt, die angesichts von Inflation und explodierenden Energiepreisen nicht mehr wissen, wie sie über die Runden kommen sollen. Insofern liegt die Vermutung nahe, dass die Partei der Klimaschützer ein massives Empathieproblem hat. Ihren Politikerinnen und Politikern fehlt es an Einfühlungsvermögen in die



Hin und Her: Bundeswirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck hatte zuletzt wieder viel zu erklären und zu vermitteln, weil das ursprünglich geplante Gebäude-Energiegesetz in der öffentlichen Diskussion mehrheitlich gar nicht gut ankam.

Lebenswirklichkeiten der Menschen, in deren Sorgen und Nöte. Doch nicht nur aus diesem Grund haben die Grünen in diesem Sommer mit einem massiven Glaubwürdigkeitsproblem zu kämpfen. Seit Habecks seltsame Family-and-Friends-Personalpolitik den Beweis geliefert hat, dass die Grünen keinen Deut moralischer sind als andere Parteien, ist die Umweltpartei endgültig entzaubert. Selbst der mit ihnen seit Jahren sympathisierende Journalismus entdeckt die Grünen in diesen Wochen neu. Die Werte der Partei zeigen nach unten. Der Traum von der grünen Kanzlerpartei ist erst einmal ausgeht.

In den Abwärtssog werden auch die Freien Demokraten gezogen. Nach einer Serie von Niederlagen bei den letzten Landtagswahlen glaubt



Gastautor Sigmund Gottlieb

man in der Parteispitze, von einer klaren Positionierung gegen die Grünen profitieren zu können. Davon mögen Christian Lindner und die Seinen auf Kurzstrecke einen demoskopischen

Vorteil erwarten können. Allerdings laufen sie mit dieser, vor allem auf die Demoskopie schielenden Taktik auch Gefahr, das Gegenteil zu erreichen: nämlich das Image des ewigen Bremsers und Verhinderers nicht mehr loszuwerden. Die klugen Köpfe in der Partei, von denen es nicht wenige gibt, haben längst erkannt, dass diese vor allem reaktive Funktionsbeschreibung für ihre Partei nicht ausreicht.

Die FDP steht in diesen Tagen wieder einmal vor ihrem alten Dilemma. Wo ist der inhaltliche Kern ihrer Politik zu finden? Was ist das Alleinstellungsmerkmal der Partei? Warum gelingt es den Freien Demokraten noch immer nicht, ihr liberales, freiheitliches Gedankengut mit Leben zu erfüllen und für die Menschen attraktiv zu machen? Warum wird die FDP

den Makel nicht los, die Partei der sozialen Kälte zu sein und damit für viele Wählerinnen und Wähler ähnlich empathiefrei daherzukommen wie die Grünen, deren Klimapolitik sozial ungerecht ist, weil sie die Schwachen im Land besonders belastet. Wo werden die eigenen politischen Gene sichtbar, die den Liberalen ein markantes Gesicht verleihen - über den Mittelstand und die Digitalisierung hinaus?

Jenseits dieser grundsätzlichen Erwägungen, ohne die die Freien Demokraten eine unsichere Zukunft haben dürften, haben sie sich in den zurückliegenden Wochen immer wieder gegenüber den Grünen durchgesetzt. Dies wäre ohne die Hilfe des Bundeskanzlers nicht möglich gewesen. Olaf Scholz und Lindner wissen ganz genau, dass Politiker Lösungen finden müssen und nicht das überschießende vermeintlich Gute zum Maßstab ihres Handelns machen dürfen.

Nicht gegen die Bürger

Eine kluge Klimapolitik ist überfällig. Die Grünen sind die unverzichtbaren Treiber dieses Themas. Doch kann Klimapolitik nicht gegen die Bürger durchgesetzt werden. Das ist die Lektion der letzten Monate. Sie sollte nicht Gesinnungsethikern überlassen werden, sondern von Verantwortungsethikern mit Augenmaß gestaltet werden. Sie funktioniert nicht auf Biegen und Brechen, sondern mit kühlem Kopf und ruhiger Hand.

Klimapolitik ist nichts von Minderheiten für Minderheiten, sondern muss für die Mehrheit gemacht werden und für die Schwachen in der Gesellschaft aushaltbar sein. Es reicht nicht, eine bessere, schönere, sauberere Welt zu wollen. Es reicht nicht, regieren zu wollen. Es geht darum, ein Land zu regieren - mit all seinen Problemen weit über das Klima hinaus. Es geht um die Kunst des Regierens.

INFO

Sigmund Gottlieb war von 1995 bis 2017 Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens. Seine journalistische Karriere begann der gebürtige Nürnberger bei der NZ. Heute arbeitet der 72-jährige als Publizist, Buchautor und Berater.

Auch der Islam braucht Aufklärung

Buch | Abdel-Hakim Ourghi forciert die Aufarbeitung des muslimischen Antisemitismus

VON MANFRED MAURER

Abdel-Hakim Ourghi weiß, wovon er schreibt: „Mit 23 Jahren kam ich als indoktriniertes Antisemit nach Deutschland.“ In Algerien war ihm als Kind eingetrichtert worden, „dass der Jude der ewige Feind der Muslime ist“. Das Freitagsgebet in der Moschee beendete der Imam stets mit dem Ruf „Möge Allah die verfluchten Juden erniedrigen und zerstören.“

Jahre habe es gedauert, bis er in Deutschland während des Studiums der Philosophie und Islamwissenschaft „lernte, dass Juden nicht die Feinde der Muslime und nicht anders als andere Menschen sind“. So einen Lernprozess will Ourghi seinen Glaubensgenossen mit dem gerade im Claudius-Verlag erschienenen Buch „Die Juden im Koran - Ein Zerrbild mit fatalen Folgen“ beschenken.

Es soll der Beginn einer kulturellen Erinnerungsarbeit sein, wie sie hierzulande üblich ist - wenn auch fokussiert auf Antisemitismus im Nazi-Kontext. Muslimischer Antisemitismus wird zwar mitgedacht,

jedoch ohne tiefer gehende Analyse. Die liefert der Religionspädagoge an der Pädagogischen Hochschule Freiburg nun - und begibt sich aufs Glatteis: Während der Arbeit für das Buch warnten ihn wohlmeinende Freunde davor, dieses heiße Eisen anzugreifen. Er könnte die Islamfeindlichkeit anheizen und Gefühle von Muslimen verletzen. Ourghi hält das für eine „bevormundende Sorge“, die Muslimen „nicht zutraut, ihre religiös-politische Geschichte aufzuklären“.

Dass er keinen Geringeren als den Propheten Mohammed kritisiert, was weniger liberal gesinnte Muslime als mit dem Tod zu bestrafende Blasphemie betrachten werden, bedeutet für den Autor ein persönliches Risiko. Es mangelt nicht an einschlägigen Drohungen.

Indem er den Religionsgründer zum Urvater des Judenhasses erklärt und dies mit vielen, antisemitischen Stereotypen christlichen Ursprungs ähnlichen, Koransuren und Hadithen belegt, räumt Ourghi mit dem Mythos auf, der muslimischen Antisemitismus als einen aus Europa

importierten Aspekt des israelisch-palästinensischen Konfliktes erklärt. „Islamischer Antisemitismus ist nicht nur ein historisches Produkt europäischer Vordenker des Antisemitismus oder Folge des Nahostkonfliktes, vielmehr wird er auch theologisch legitimiert“, schreibt Ourghi und kritisiert, dass „die theoretische und historische Genese des Judenhasses in den Anfängen des Islam seitens der Muslime verschwiegen (werde)“.

Ein Kapitel des Buches widmet sich dem „Heiligen Krieg des Propheten gegen die Juden in Medina“. Nach dem Auszug aus Mekka, wo Mohammed mit seiner Botschaft nicht reüssieren hatte können, versuchte er ab 622 zunächst die Juden von Medina im Guten von seiner neuen Lehre zu überzeugen. Als dies nicht fruchtete, begann ab 624 „die gewalttätige Ära des politischen Islam, die sich gegen heidnische Araber und Juden richtete“. Die Juden wurden zu Feinden erklärt. Die Folge waren sich im Laufe der Geschichte oft wiederholende Tragödien: Vertreibung, Enteignung, Ermordung. Im



Abdel-Hakim Ourghi [hier mit Elham Manea bei der Eröffnung einer liberalen Moschee in Berlin] fordert die kritische Aufarbeitung des islamischen Judenhasses.

Koran gerechtfertigt mit einem jüdischen „Sündenregister“.

Ourghi spricht bewusst vom islamischen, und nicht vom islamistischen Antisemitismus, „denn meiner Meinung nach kommt der Antisemitismus in der ganz normalen Erziehung muslimischer Kinder und während ihrer weiteren Sozialisation in der Gesellschaft vor“. Der heutige islamische Antisemitismus sei das „historische Produkt einer unaufgeklärten Geschichte des Islam“. Ourghi fordert einen „Befreiungsakt vom ewi-

gen Schweigen über die Gewalt gegen Juden, Christen und Andersdenkende“.

Das nach dem Holocaust geschworene „Nie wieder“ müsse auch den Muslimen ein Leitwort sein. Bis dorthin ist es ein weiter Weg. Kritische Reflexion der Glaubensquellen ist kein Markenzeichen des Islam. Umso wichtiger ist Ourghis Denkanstoß, der freilich eines kaum bewirken wird: Ein Umdenken des Sunnitischen Schulrates in Baden-Württemberg, der Ourghi 2021 die Lehrbefugnis entzogen hat.